



INFOBROSCHÜRE

# Für das Leben danach

# Worum es bei dem Projekt genau geht

*„Mauern überwinden“ wurde 2014 von Uwe Neubauer und Sascha Lappe gegründet.*

Gründungsmitglied und die „Stimme der Gefangenen“. Engagiert sich seit Jahren für die Rechte von Häftlingen im Strafvollzug sowie in der Forensik.

Neben der Begleitung von Häftlingen ist Uwe Neubauer Ansprechpartner für deren Angehörige. Er ist bundesweit mit Lesungen (u.a. von Autoren wie Ingeborg Drewitz, Thomas Meyer-Falk, Xosé Tarrío) sowie Vortrags- und Diskussionsabenden zum Thema Knast unterwegs. Uwe Neubauer engagiert sich zudem in der Drogen- und Obdachlosenhilfe (u.a. Of Road Kids / „Fixpunkt“ Berlin).

Sascha Lappe ist studierter Kommunikationsdesigner. Im Rahmen seiner Abschlussarbeit entstand das Projekt. Er ist für den Bereich Kommunikation und Design zuständig und Ansprechpartner für Gefangene bei organisatorischen Dingen.

Ziel von „Mauern überwinden“ ist die Resozialisierung von Gefangenen, die ihre Strafe verbüßt haben und wieder in Freiheit sind. Voraussetzung dafür: Die Person ist bereit, einen Neuanfang zu machen.

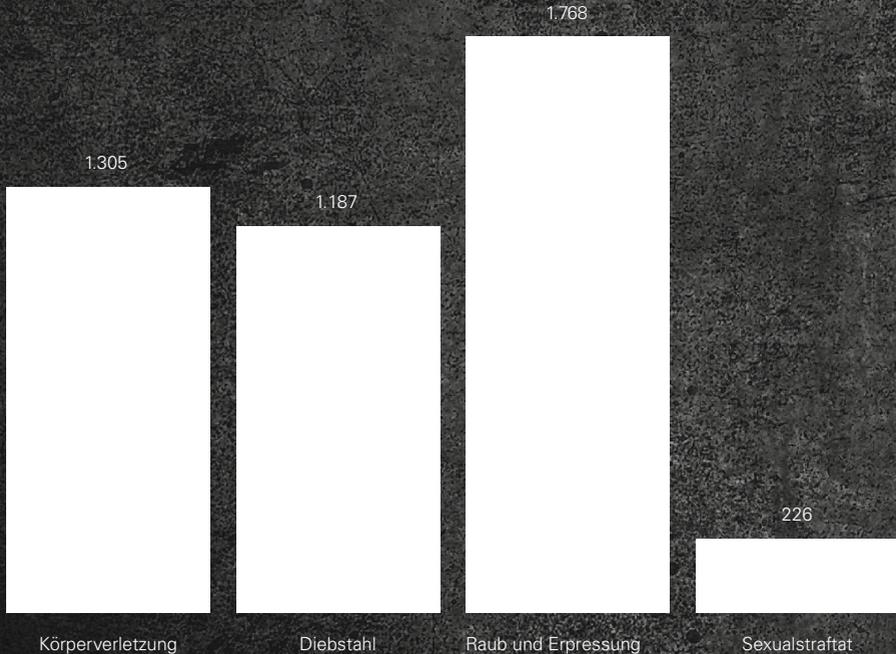
„Mauern überwinden“ bietet entlassenen Häftlingen die Möglichkeit, neue soziale Kontakte zu knüpfen und hilft sowohl bei der Arbeits- und Wohnungssuche als auch bei alltäglichen Dingen (Amtsgänge, Briefverkehr ...).

# Knast ist Männersache

5.518 Menschen sitzen derzeit in deutschen Jugendgefängnissen. 97 Prozent davon sind Männer, und etwa die Hälfte der Insassen ist vorbestraft. Etwa 43 Prozent derjenigen, die gerade im Knast sitzen, sind nicht zum ersten Mal hier. Ihre Haft hat sie wohl nicht abgeschreckt, erneut Straftaten zu begehen. Dies sind die vier häufigsten Gründe, warum sie hinter Gittern sitzen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand Juni 2014)

Männer



Frauen

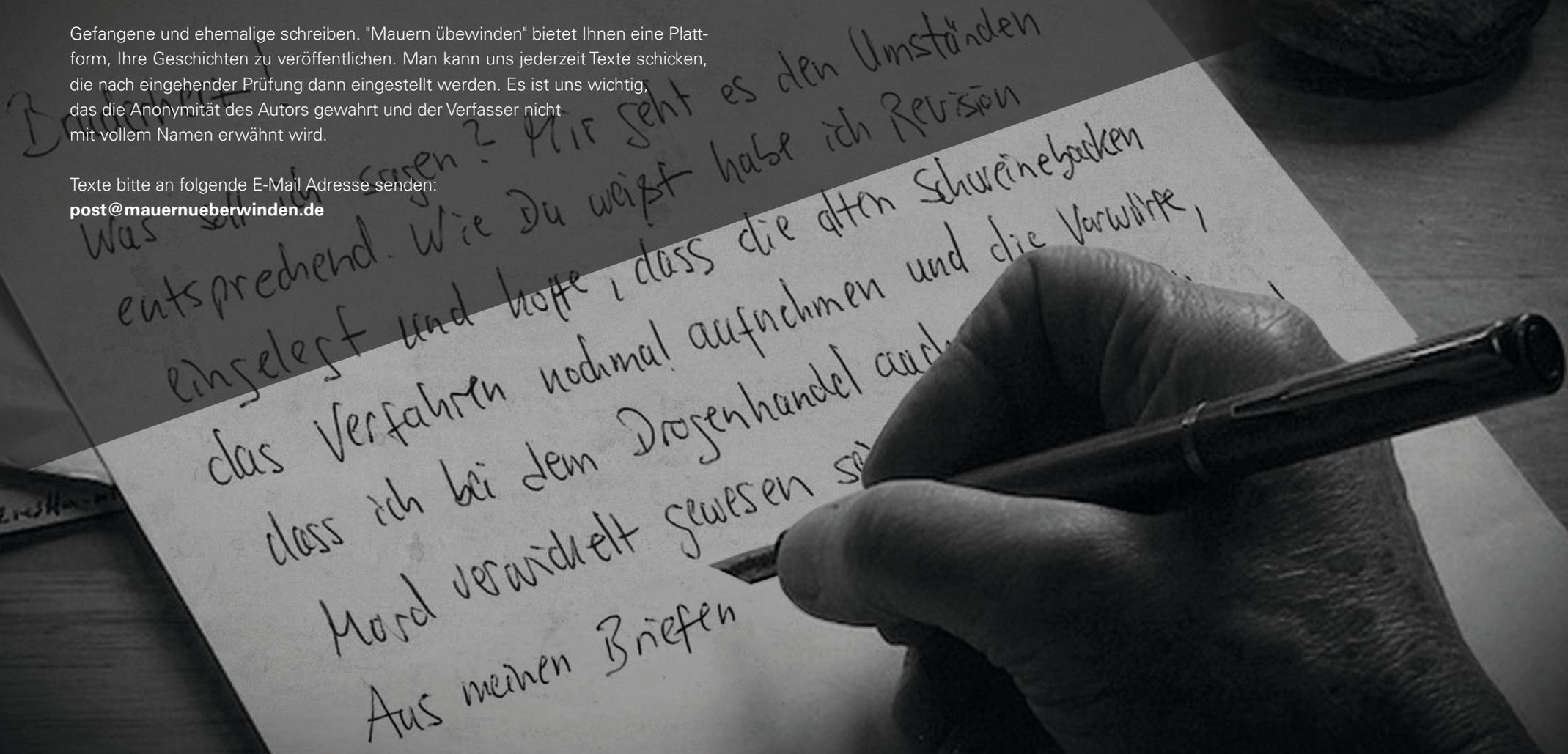


4-20-2010

# Geschichten von Häftlingen

Gefangene und ehemalige schreiben. "Mauern überwinden" bietet Ihnen eine Plattform, Ihre Geschichten zu veröffentlichen. Man kann uns jederzeit Texte schicken, die nach eingehender Prüfung dann eingestellt werden. Es ist uns wichtig, dass die Anonymität des Autors gewahrt und der Verfasser nicht mit vollem Namen erwähnt wird.

Texte bitte an folgende E-Mail Adresse senden:  
[post@mauernueberwinden.de](mailto:post@mauernueberwinden.de)



# Geschichten von Häftlingen

André Boris Moussa Schmitz schrieb am 24. August 2015

*Die medizinische Versorgung hinter Gittern gerät zunehmend in den öffentlichen Blickwinkel. Wären die Todesfälle von Rasmane und anderen Gefangenen vermeidbar gewesen?*

„Knastkollektiv“ wirft der Justiz vor, das Thema klein zu reden und die Öffentlichkeit nicht ausreichend zu informieren – selbst wenn Anklage erhoben wird, wie jetzt im Fall von Rasmane (die StA Karlsruhe gegen die Anstaltsärztin). Doch die Anstaltsleitung und Schließer, die an seinem Tod beteiligt waren, kommen davon.

Auch an den neuen Ländergesetzen hat sich nichts geändert. Der Arzt ist Diagnostiker, Therapeut und medizinischer Berater der Justiz in einer Person. Er entscheidet letztendlich, wer haftunfähig ist und wer nicht. Selbst für Gefangene, die in Therapie gehen, ist der ärztliche Gutachter zuständig. Dieser Umstand steht im Konflikt mit der abhängigen Rolle der Vollzugsbehörde. Hier muss es umgehend

Änderungen geben. Der Gefangene muss die gleichen Rechte haben wie ein freier Bürger.

*2 StVollzG-NW: Der Mensch in Haft ist dem Leben in Freiheit weitestgehend gleichgestellt.*

Die Ausbeutung von Häftlingen geht vor die ärztliche Versorgung. Abläufe orientieren sich an Schichtplänen und nicht an den Bedürfnissen der Gefangenen. Die Essensausgabe wird dem täglichen Ablauf angepasst. Nachmedikation wird lange vor der physiologischen Nachruhe ausgegeben. Wo gibt es in Freiheit eine medizinische Routine? Nur weil hier Aufschluss in den Knästen stattfindet erhält der Gefangene seine Medikamente morgens um 6 Uhr. In keinem Krankenhaus bekommt

der Patient seine Medizin so früh. Das Mitspracherecht in der Ausgabe von Substituten ist gleich Null.

Ich selber habe seit über 5 Jahren keine Möglichkeit, mich während meines Urlaubes zu versorgen! Es wird Zeit, normale, medizinische Versorgungszeiten von Gefangenen einzuführen und Häftlinge in der gesetzlichen Krankenversicherung zu versichern (im StVollzG 1977 beschlossen – bis heute aber nicht umgesetzt).

**78% aller Gefangenen  
begehen nach Ihrer  
Entlassung innerhalb  
von 6 Jahren erneut  
eine Straftat. 46% landen  
wieder im Knast.**

(Quelle: Bundesministerium der Justiz, Untersuchungszeitraum 2004 bis 2010)



# Häftlingen ist die Altersarmut sicher

mit sich bringt, weitere vermeidbare wirtschaftliche Einbußen zuzufügen“. Der Gleichheitsanspruch des Grundgesetzes werde verletzt, betont Singe, wenn Arbeit in Haft nicht mit normaler Arbeit gleichgesetzt werde. Seine Geduld ist aufgebraucht. Das im geltenden Strafvollzugsgesetz angekündigte Bundesgesetz zur sozialen Sicherung von Gefangenen nicht zu erlassen, kommt einem schweren Vertrauensbruch gleich – ihn „aufgeschobene Inkraftsetzung“ zu nennen, klingt nach über 30 Jahren wie purer Zynismus, wirft Singe dem Bundestag in seiner Petition vor.

Weitere anderthalb Jahre sind seitdem vergangen und nichts ist passiert. Er habe gehofft, dass die laufende Diskussion um die Renten ihn bei seinem

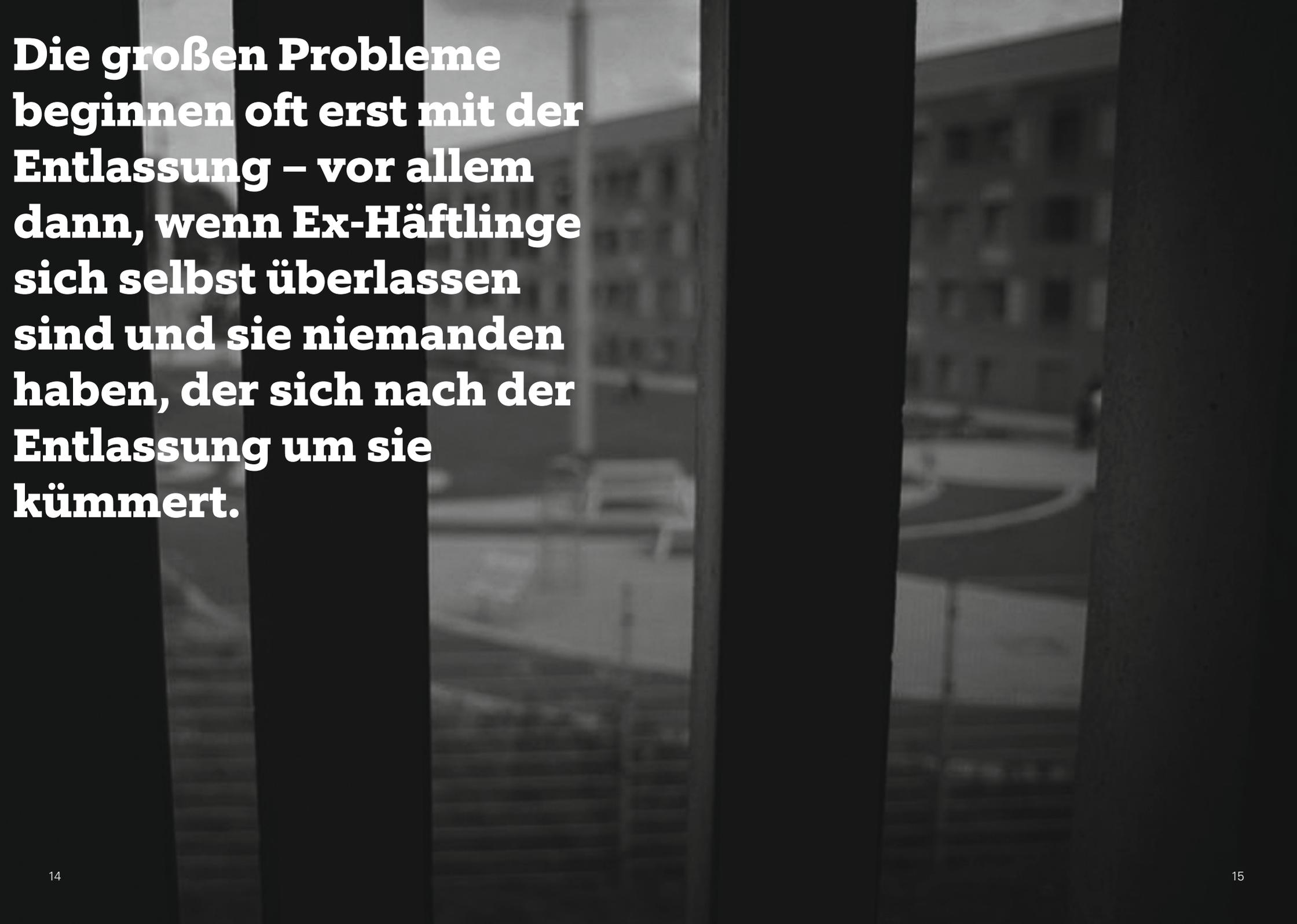
Anliegen unterstützt, sagt Singe. Doch bisher ist davon nichts zu merken. „Ich halte das für politische Verschleppung“, unterstellt der studierte Theologe. Dem widerspricht zwar Arite Rochlitz, Mitarbeiterin des Petitionsausschusses, doch auch sie kann nicht erklären, warum die Sache nicht vorankommt. Von den 26 Abgeordneten im Ausschuss werden zwei Berichterstatter für eine Petition bestimmt, je einer von Regierung und Opposition. Sie machen sich ein Bild und geben ihre Eindrücke an die übrigen Ausschussmitglieder, die abstimmen und den Fall dann mit einer Empfehlung an den Bundestag weiterleiten.

## *Die Ländern haben „Vorbehalte“ gegen Rentenbeiträge*

Doch von den Berichterstattern fehlt jede Meldung. „Wir haben keine Fristen, es wäre ja auch nicht dienlich, die Berichterstatter unter Druck zu setzen“, sagt Arite Rochlitz. 2008 immerhin nahm der Bundestag auf eine kleine Anfrage der Linken hin Stellung. „Die Bundesregierung hält die Einbeziehung von Strafgefangenen in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung weiterhin für sinnvoll“, heißt es in der Antwort. Dennoch macht das Parlament keine Hoffnung, dass Rentenbeiträge für Gefangene bald Realität werden könnten.

Mittlerweile ist der Strafvollzug Ländersache geworden. Versicherungsbeiträge müssten von den Ländern getragen werden - und diese hätten „finanzielle Vorbehalte“ angemeldet. Damit endet die Stellungnahme des Parlaments. Das klingt so, als ginge es nicht um eine gesetzliche Verpflichtung, sondern um freiwillige Bonuszahlungen. Eva-Verana Kerwien und Martin Singe sind sich einig, dass es nicht nur um die finanzielle Besserstellung ehemaliger Gefangener geht, sondern auch um die Wertschätzung der geleisteten Arbeit.

„Die Würde des arbeitenden Gefangenen wird angetastet, wenn seine Arbeitszeiten keine Anerkennung finden“, betonen sie. Und ohne Anerkennung ist die Resozialisierung schon halb gescheitert.



**Die großen Probleme  
beginnen oft erst mit der  
Entlassung – vor allem  
dann, wenn Ex-Häftlinge  
sich selbst überlassen  
sind und sie niemanden  
haben, der sich nach der  
Entlassung um sie  
kümmert.**

# Häftlinge fordern den Mindestlohn

Kölner Stadt-Anzeiger, 25. Januar 2015

*Willich - Pin-ups an der Wand, daneben ein Deutschlandfähnchen. In der Ecke türmen sich Papierrollen, in der Mitte der kleinen Halle thronen die glänzenden Maschinen. Eine ganz normale Druckerei – wären da nicht die Stahltüren auf dem Weg ins Freie.*

Etwa 40 Häftlinge arbeiten täglich in der Druckerei der JVA Willich. Ihren Lohn erhalten sie in sogenannten Vergütungsstufen. Diese liegen zwischen 9 und 15 Euro – pro Tag. Zu wenig, findet der Verein „Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation“ (GGBO).

NRW-Sprecher André Borris Moussa Schmitz (47) sitzt in blauer Häftlingskluft und schwarzen Sneakern im Gruppenbesuchsraum der Anstalt von Willich. Vor ihm liegt ein prall gefüllter Aktenordner, ein zweiter steckt in einer abgewetzten Plastiktüte. Schmitz lehnt sich mit den Ellenbogen auf die

Tischplatte und erzählt, "Ausbeutung", "Repressalien", "Schikane". Das sind Vokabeln, die fallen.

Die GGBO wurde im Mai 2014 von Oliver Rast (42) in der Berliner JVA Tegel als nicht rechtsfähiger Verein gegründet und beruft sich auf das Grundrecht der Koalitionsfreiheit. Oberste Ziele sind die Einführung der Rentenversicherung sowie des Mindestlohns hinter Gittern. „Wir berufen uns aufs Grundgesetz“, so Rast. „Es ist schon kurios, dass ich als notorisch Linksradikaler darauf hinweisen muss.“

### *Etwa 400 Mitglieder streiken für einen höheren Lohn*

Etwa 400 Mitglieder hat die GGBO derzeit deutschlandweit. Schmitz beklagt, dass er von der Haftanstalt keinerlei Unterstützung erhalte. Er dürfe kein Infomaterial verteilen oder Kopien anfertigen. Da er täglich um 10 Uhr seinen Drogen-Ersatz bekommt, geht Schmitz zur Zeit keiner Knastarbeit nach. Möchte er auch nicht. „Ich bin nicht zu Zwangsarbeit, sondern nur zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden, so Schmitz.“ Insbesondere der Umstand, dass in vielen Gefängnissen für Firmen gearbeitet wird, sieht er kritisch. Das Gesetz hingegen schreibt eine Arbeitspflicht für Häftlinge zwingend vor.

### *Ein „zweifelhafter Verein“*

Ein Haftplatz koste 116 Euro pro Tag. Gefangene hätten das „Rundum-sorglos-Paket“ sagt Peters. „Das muss man in gewisser Weise gegenrechnen.“ Dazu kommt, dass die Arbeit der Häftlinge meist nicht der eines Facharbeiters entspräche. Die Anforderungen seien gering, die Häftlinge oft nur Hilfskräfte, deren Arbeit von mehreren Beamten zusätzlich geprüft werden müsse. „Rechnen tut sich das alles nicht“, sagt Peters. Peters spricht von einer „sinnvollen Beschäftigung“, die bei der Resozialisierung hilft.

Eine Gewerkschaft, die sich für Häftlinge über die Grenzen eines Gefängnisses hinaus einsetzt, halte man "nicht unbedingt für nötig", so ein Sprecher und nennt die gleichen Gründe. Für Schmitz klingt das aber unglaubwürdig. Vor allem die Rede von Beschäftigungstherapie sei "die größte Lüge". „Kein Gefangener hier muss lernen, wie er Fähnchen klebt oder Gummis in eine Tüte packt.“

# Häftlingen ist die Altersarmut sicher

Von news.de-Redakteurin Isabelle Wiedemeier - 20. Oktober 2012

*Die Angst um unsere Rente geht um. Wer jedoch einen Teil seines Lebens im Knast verbracht hat, dem ist im Alter schon jetzt die Armut fast sicher. Denn selbst für Häftlinge, die im Gefängnis ranklotzen, werden keine Rentenbeiträge gezahlt. Eine soziale Ungeheuerlichkeit, die seit 1976 schwelt.*

Gefangene sind nicht der Menschen-schlag, bei dem die Gesellschaft mit-fühlt. Deshalb ist es auch kein Thema, dass Menschen, die im Knast saßen, in Deutschland keine Chance auf eine vernünftige Rente haben. Zwar versprach Arbeitsministerin Ursula von der Leyen am Donnerstag, sich dafür einzusetzen, Rentner am Existenzmi-nimum besser zu unterstützen. Doch dass ein nicht unbedeutender Teil der 500.000 alten Menschen, die von sozi-aler Grundsicherung leben, ehemalige Gefangene sind, erwähnt niemand. Dabei trägt gerade an dieser Armut der deutsche Gesetzgeber einen

erheblichen Teil der Schuld. Denn egal, wie viel Ex-Häftlinge im Gefängnis gerackert haben, ob sie Ikea-Möbel, Fahrradständer oder Krippenfiguren herstellten, für die Rente wird diese Arbeitszeit nicht angerechnet. Ein Vakuum, das seit 1976 besteht, als das heute geltende Strafvollzugsgesetz verabschiedet wurde. Die sogenannte „Einbeziehung in soziale Sicherungs-systeme“, also auch in die Renten-versicherung, sollte durch besonderes Bundesgesetz in Kraft gesetzt werden, sieht das Gesetz vor. Bis heute.

### *Seit 36 Jahren warten Häftlinge auf versprochene Rentenbeiträge*

Mangels öffentlichen Drucks und einer einflussreichen Lobby hat sich die Situation alter Ex-Häftlinge in 36 Jahren nicht verbessert. Zwar gab es unter Kanzler Helmut Schmidt zwei Anläufe, ein Gesetz zu verabschieden. In dem Entwurf ist vorgesehen, dass für die Haftzeit eine Rente auf Basis von 90 Prozent des Durchschnittslohns aller Versicherten angerechnet wird, da der niedrige Knast-Lohn keine realistische Grundlage für die Rentenversicherung darstellt. Doch es blieb beim Entwurf.

Wer aus dem Knast entlassen wird, landet meistens am Rand der Ge-sellschaft. „Untersuchungen belegen eine höhere Arbeitslosigkeit, einen

niedrigeren Bildungsstand, einen höhere gesundheitliche Belastung und eine geringere soziale Einbindung von Straffälligen“, so Eva-Verena Kerwien von der Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe.

Die fehlende Rente setzt dem freien sozialen Fall dann die Krone auf. Das ZDF berichtet über Jürgen, der 25 Jahre lang im Knast gerackert hat. 480 Euro Rente bekommt er, hätte er draußen gearbeitet, erhielte er 1.200 Euro. Viele entlassene Strafgefangene erhalten nicht nur eine minimale, sondern verlie-ren sogar ihre gesamte Rente, weil sie durch die Haft die Mindestarbeitszeit nicht erfüllen. Manchmal reiche dazu schon eine ganz kurze Haft aus, sagt Martin Singe vom Bonner Komitee für Grundrechte und Demokratie. Er stellte im Mai 2011 wieder einmal eine Petition an den den Petitionsausschuss des Bundestags, damit Strafgefangene endlich in die Rentenversicherung ein-bezogen werden. 5.300 Unterschriften kamen zusammen, darunter 3.200 von Gefangenen.

### *Gleichheitsprinzip des Grundgesetztes wird verletzt*

1976 stellte der Bundestag fest, dass es „nicht gerechtfertigt ist, neben den notwendigen Einschränkungen, die der Freiheitsentzug unvermeidbar

# Häftlingen ist die Altersarmut sicher

mit sich bringt, weitere vermeidbare wirtschaftliche Einbußen zuzufügen“. Der Gleichheitsanspruch des Grundgesetzes werde verletzt, betont Singe, wenn Arbeit in Haft nicht mit normaler Arbeit gleichgesetzt werde. Seine Geduld ist aufgebraucht. Das im geltenden Strafvollzugsgesetz angekündigte Bundesgesetz zur sozialen Sicherung von Gefangenen nicht zu erlassen, kommt einem schweren Vertrauensbruch gleich – ihn „aufgeschobene Inkraftsetzung“ zu nennen, klingt nach über 30 Jahren wie purer Zynismus, wirft Singe dem Bundestag in seiner Petition vor.

Weitere anderthalb Jahre sind seitdem vergangen und nichts ist passiert. Er habe gehofft, dass die laufende Diskussion um die Renten ihn bei seinem

Anliegen unterstützt, sagt Singe. Doch bisher ist davon nichts zu merken. „Ich halte das für politische Verschleppung“, unterstellt der studierte Theologe. Dem widerspricht zwar Arite Rochlitz, Mitarbeiterin des Petitionsausschusses, doch auch sie kann nicht erklären, warum die Sache nicht vorankommt. Von den 26 Abgeordneten im Ausschuss werden zwei Berichterstatter für eine Petition bestimmt, je einer von Regierung und Opposition. Sie machen sich ein Bild und geben ihre Eindrücke an die übrigen Ausschussmitglieder, die abstimmen und den Fall dann mit einer Empfehlung an den Bundestag weiterleiten.

### *Die Ländern haben „Vorbehalte“ gegen Rentenbeiträge*

Doch von den Berichterstattern fehlt jede Meldung. „Wir haben keine Fristen, es wäre ja auch nicht dienlich, die Berichterstatter unter Druck zu setzen“, sagt Arite Rochlitz. 2008 immerhin nahm der Bundestag auf eine kleine Anfrage der Linken hin Stellung. „Die Bundesregierung hält die Einbeziehung von Strafgefangenen in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung weiterhin für sinnvoll“, heißt es in der Antwort. Dennoch macht das Parlament keine Hoffnung, dass Rentenbeiträge für Gefangene bald Realität werden könnten.

Mittlerweile ist der Strafvollzug Ländersache geworden. Versicherungsbeiträge müssten von den Ländern getragen werden - und diese hätten „finanzielle Vorbehalte“ angemeldet. Damit endet die Stellungnahme des Parlaments. Das klingt so, als ginge es nicht um eine gesetzliche Verpflichtung, sondern um freiwillige Bonuszahlungen. Eva-Verana Kerwien und Martin Singe sind sich einig, dass es nicht nur um die finanzielle Besserstellung ehemaliger Gefangener geht, sondern auch um die Wertschätzung der geleisteten Arbeit.

„Die Würde des arbeitenden Gefangenen wird angetastet, wenn seine Arbeitszeiten keine Anerkennung finden“, betonen sie. Und ohne Anerkennung ist die Resozialisierung schon halb gescheitert.

# 1. Gedenktag der Toten im Strafvollzug

*Wuppertal: Am 18. Oktober 2015 fand der 1. Gedenktag der Toten im Strafvollzug in den Räumlichkeiten des alten Mirker Bahnhofs "Utopiastadt" in Wuppertal statt.*

Als Redner eingeladen und anwesend waren u.a. Vertreter von Politik (André Kern - Landtagsabgeordneter der Piraten) und Cornelia Weiss (Kreisvorsitzende die Linke Wuppertal), sowie André Boris Moussa Schmitz (ehem. Häftling und Gründer der Gefangenen-gewerkschaft).

Das Vorwort hatte Uwe Neubauer. Hintergrund des Gedenktages sind diverse Todesfälle im Strafvollzug, wo die Ursachen bis heute nicht geklärt sind. Weiter ging u.a. um das Thema der medizinischen Verorgung von Häftlingen – Patienten 3. Klasse.

Das Wort hatte hauptsächlich André Boris Schmitz, der aus seiner langjährigen Erfahrung als ehemaliger Häftling berichten konnte und die Zustände der medizinischen Versorgung in Knästen anprangerte.

Das Video zur Podiumsdiskussion auf [www.mauernüberwinden.de](http://www.mauernüberwinden.de).

**Mauern überwinden**

## 1. GEDENKTAG DER TOTEN IM STRAFVOLLZUG

**Podiumsdiskussion**  
Medizinische Versorgung von Häftlingen – Patienten 3. Klasse.

**TEILNEHMER:**

- ANDRÉ BORIS MOUSSA M. SCHMITZ**  
Ehem. Häftling und Antiknastaktivist  
Vorsitzender Knastschaden '8' Kollektiv
- UWE NEUBAUER**  
Die Stimme der Gefangenen, Antiknastaktivist
- NIKOLAUS KERN**  
Mitglied des Landtages NRW (die Piraten)
- CORNELIA WEISS**  
Kreisvorsitzende die Linke Wuppertal
- BÄRBEL EULENBACH**  
Mitglied der Elterninitiative für Drogenabhängige
- GERHARD LINNER**  
Autonomes Knastprojekt Köln (AKP)

Datum: **18. Oktober 2015**  
Einlass: **15:00 Uhr**  
Musikalisches Warm-Up (DJ Indigo)  
Beginn: **16:00 Uhr**

Ort: **UTOPIASTADT**, Mirkerstraße 48, Wuppertal

UTOPIASTADT **cf**

Unsere Daten

# Kontakt aufnehmen

Mauern überwinden

Ein Projekt zur Resozialisierung von  
entlassenen Häftlingen

Ansprechpartner:

Uwe Neubauer, Sascha Lappe  
(0152) 096 874 50

[post@mauernueberwinden.de](mailto:post@mauernueberwinden.de)

[www.mauernueberwinden.de](http://www.mauernueberwinden.de)

Fotos "Deckblatt" und "Seite 04/05" aus der Ausstellung "Gefangene Eindrücke" der Schwarz-Weiss-Fotogruppe Barbara Lenz, Gießen, in Zusammenarbeit mit der evangelischen Seelsorge, JVA Butzbach. Foto Deckblatt (Gefangener in seiner Zelle) - Helma Korff, Foto Seite 04/05 (Außenansicht Gefängnis) - Hartwig Leuer